ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Grabka, Markus M.; Goebel, Jan

Article

Einkommensverteilung in Deutschland: Realeinkommen sind seit 1991 gestiegen, aber mehr Menschen beziehen Niedrigeinkommen

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:
German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Grabka, Markus M.; Goebel, Jan (2018) : Einkommensverteilung in Deutschland: Realeinkommen sind seit 1991 gestiegen, aber mehr Menschen beziehen Niedrigeinkommen, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 85, Iss. 21, pp. 449-459,
https://doi.org/10.18723/diw_wb:2018-21-1

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/179693

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

DIW Wochenbericht

21 2018

AUF EINEN BLICK

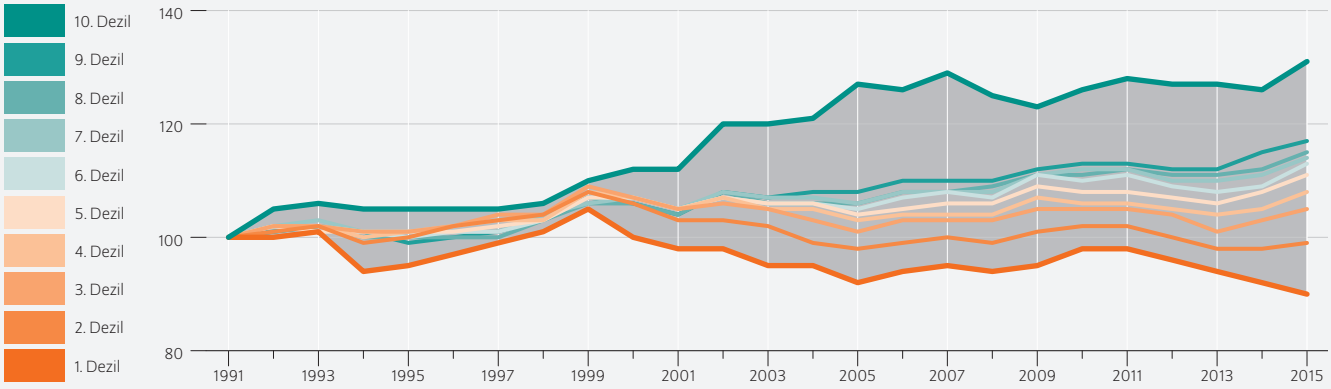
Einkommensverteilung in Deutschland: Realeinkommen sind seit 1991 gestiegen, aber mehr Menschen beziehen Niedrigeinkommen

Von Markus M. Grabka und Jan Goebel

- Die meisten Einkommensgruppen profitieren von durchschnittlichem 15-Prozent-Anstieg der Realeinkommen zwischen 1991 und 2015 – die untersten zwei Dezile aber nicht
- Im Jahr 2015 waren 16,8 Prozent der Bevölkerung von Einkommensarmut bedroht, weitaus mehr als in den 1990er Jahren mit elf Prozent
- Ein Grund für den Anstieg ist die verstärkte Zuwanderung seit 2000, denn neu zugezogene MigrantInnen beziehen in den ersten Jahren niedrige Einkommen
- Armutsrisikoquote steigt bei MieterInnen stark, ist bei EigentümerInnen viel niedriger und stabil
- Zielgenauere Unterstützung für neu zugezogene MigrantInnen und sozialere Wohnungspolitik nötig

Die Einkommen der Gruppen am unteren Ende der Verteilung sind seit 1991 gesunken

Entwicklung des durchschnittlichen verfügbaren Haushaltseinkommens nach Dezilen, in Prozent (1991 = 100)



Quelle: SOEPv33.1.

Anmerkung: Reale Einkommen in Preisen von 2010; Population: Personen in Privathaushalten; bedarfsgewichtete Jahreseinkommen im Folgejahr erhoben, bedarfsgewichtet mit der modifizierten OECD-Äquivalenzskala.

© DIW Berlin 2018

ZITAT

„Es haben bei weitem nicht alle von der positiven Einkommensentwicklung profitiert, die in den letzten Jahren im Wesentlichen dank der boomenden Wirtschaft und dem Rückgang der Arbeitslosigkeit stattgefunden hat."

— Markus M. Grabka, Studienautor —

MEDIATHEK

Audio-Interview mit Markus M. Grabka
www.diw.de/mediathek

Einkommensverteilung in Deutschland: Realeinkommen sind seit 1991 gestiegen, aber mehr Menschen beziehen Niedrigeinkommen

Von Markus M. Grabka und Jan Goebel

ABSTRACT

Zwischen 1991 und 2015 sind die verfügbaren bedarfsgewichteten Einkommen der Personen in privaten Haushalten in Deutschland real im Durchschnitt um 15 Prozent gestiegen. Der größte Teil der Bevölkerung hat von diesen realen Einkommenszuwächsen profitiert, die Gruppen am unteren Ende der Einkommensverteilung allerdings nicht. Die Ungleichheit sowohl der Markt- als auch der verfügbaren bedarfsgewichteten Haushaltseinkommen verbleibt auf einem hohen Niveau. Das zeigt die vorliegende Studie auf Basis von Daten der Längsschnittstudie Sozio-oekonomisches Panel (SOEP). Die Armutsrisikoquote erreichte im Jahr 2015 16,8 Prozent im Vergleich zu rund elf Prozent Mitte der 1990er Jahre, wobei die Armutsrisikoquote im Jahr 2015 bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund 13 Prozent betrug und bei Personen mit direktem Migrationshintergrund mit 29 Prozent mehr als doppelt so hoch war. Die Zunahme der Armutsrisikoquote lässt sich auch dadurch erklären, dass es einen höheren Anteil an Personen mit Migrationshintergrund gibt. Differenziert man nach dem Wohnstatus, kann für Eigentümerhaushalte eine konstant niedrige Armutsrisikoquote berichtet werden, während Mieterhaushalte einem deutlich gestiegenen Armutsrisiko ausgesetzt sind.

Die vorliegende Studie aktualisiert bisherige Untersuchungen des DIW Berlin zur personellen Einkommensungleichheit und zum Armutsrisiko in Deutschland von 1991, dem ersten Jahr nach der Wiedervereinigung, bis einschließlich 2015, dem letzten verfügbaren Einkommensjahr (Kasten 1).[1] Empirische Grundlage sind die vom DIW Berlin in Zusammenarbeit mit *Kantar Public* erhobenen Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP).[2] Da es sich beim SOEP um eine seit mehr als 30 Jahren laufende Wiederholungsbefragung handelt, kann die Entwicklung der Einkommen über die Zeit analysiert werden.[3]

Steigerung sowohl bei den realen Haushaltsmarkteinkommen ...

Die durchschnittlichen bedarfsgewichteten[4] und inflationsbereinigten jährlichen Haushaltsmarkteinkommen[5] aller in privaten Haushalten lebenden Personen sind zwischen 1991 und 2005 geringfügig gestiegen (Abbildung 1). Zwischen 2005 und 2011 war der Anstieg kräftig, gefolgt von einer zweijährigen Phase mit real leicht rückläufigen Einkommen. Zuletzt war 2014 und 2015 wieder eine deutliche Steigerung zu beobachten, die vorrangig auf überdurchschnittliche

1 Vgl. zuletzt: Markus M. Grabka und Jan Goebel (2017): Realeinkommen sind von 1991 bis 2014 im Durchschnitt gestiegen – erste Anzeichen für wieder zunehmende Einkommensungleichheit. DIW Wochenbericht Nr. 4, 71–82 (online verfügbar, abgerufen am 3. Mai 2018. Dies gilt auch für alle anderen Onlinequellen in diesem Bericht, sofern nicht anders vermerkt).

2 Das SOEP ist eine repräsentative jährliche Wiederholungsbefragung privater Haushalte, die seit 1984 in Westdeutschland und seit 1990 auch in Ostdeutschland durchgeführt wird; vgl. Gert G. Wagner et al. (2008): Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP): Multidisziplinäres Haushaltspanel und Kohortenstudie für Deutschland – Eine Einführung (für neue Datennutzer) mit einem Ausblick (für erfahrene Anwender). AStA Wirtschafts- und Sozialstatistisches Archiv 2 (2008), Nr. 4, 301–328.

3 Gemäß den Konventionen des Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung (vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2017): Lebenslagen in Deutschland, online verfügbar) und den Gutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung wird in diesem Bericht jeweils das Einkommensjahr ausgewiesen. Die Jahreseinkommen werden im SOEP retrospektiv für das vorangegangene Kalenderjahr erhoben, aber mit der Bevölkerungsstruktur des Erhebungszeitpunkts gewichtet. Die hier präsentierten Daten für das Jahr 2015 sind also in der Befragungswelle 2016 erhoben worden.

4 Siehe Definition des Begriffs „Äquivalenzeinkommen" im DIW Glossar (online verfügbar).

5 Die Markteinkommen entsprechen der Summe von Erwerbs- und Kapitaleinkommen einschließlich privater Transfers und privater Renten vor Abzug von Steuern und Sozialbeiträgen sowie vor monetären Sozialleistungen. Personen ohne Markteinkommen gehen mit einem Wert von Null für ihr Einkommen in die Berechnungen ein.

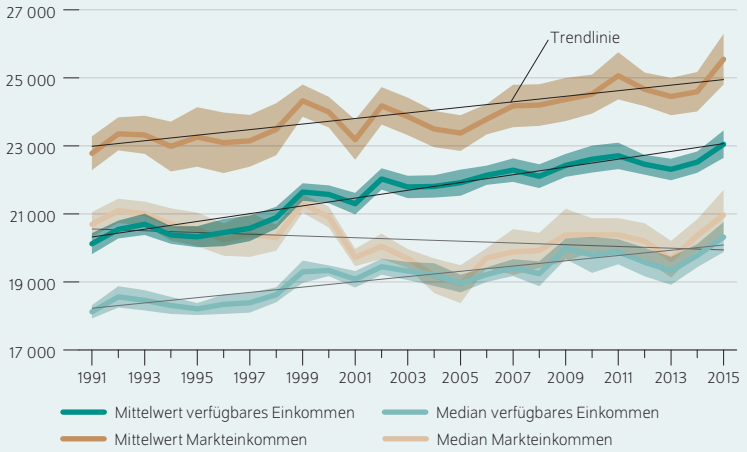
DOI: https://doi.org/10.18723/diw_wb:2018-21-1

Zuwächse bei den Löhnen[6] – der quantitativ wichtigsten Einkommenskomponente der privaten Haushalte – zurückzuführen ist. Der deutliche Beschäftigungsaufbau in Deutschland – um rund 3,8 Millionen Erwerbstätige[7] im Zeitraum von 2005 bis 2015 – hat auch dazu beigetragen, dass das durchschnittliche und inflationsbereinigte Haushaltsmarkteinkommen in diesem Zeitraum um knapp zehn Prozent gestiegen ist.

Der langjährige Trend für den Median[8] der Haushaltsmarkteinkommen ist im Zeitraum von 1991 bis 2015 leicht U-förmig: Der Median ist zwischen 1991 und 2005 insgesamt um neun Prozent zurückgegangen und in der folgenden Dekade um elf Prozent gestiegen. Im Jahr 2015 hat der Median real wieder das Niveau der Jahrtausendwende erreicht. Dies ist auch dem steigenden Anteil älterer Personen geschuldet, von denen viele über keine oder lediglich nur geringe Markteinkommen verfügen.[9]

Abbildung 1

Reales Haushaltsmarkteinkommen und verfügbares Haushaltseinkommen in Deutschland seit 1991
Mittelwert und Median in Euro



Anmerkungen: Reale Einkommen in Preisen von 2010; Population: Personen in Privathaushalten; bedarfsgewichtete Jahreseinkommen im Folgejahr erhoben, bedarfsgewichtet mit der modifizierten OECD-Äquivalenzskala; Markteinkommen inklusive einem fiktiven Arbeitgeberanteil für Beamtinnen und Beamte. Schattierte Flächen geben das 95-Prozent-Konfidenzintervall an.

Quelle: SOEPv33.1.

© DIW Berlin 2018

Die Realeinkommen sind in Deutschland im Durchschnitt seit 1991 gestiegen.

... als auch bei verfügbaren Haushaltseinkommen

Die durchschnittlichen bedarfsgewichteten und inflationsbereinigten verfügbaren Haushaltseinkommen[10] haben sich zwischen 1991 und 2015 insgesamt um rund 15 Prozent und damit in etwa so wie die durchschnittlichen Markteinkommen verbessert. Auch hier verlief die Entwicklung nicht gradlinig: Die Jahre 2012 und 2013 zeichnen sich durch eine verglichen mit dem langjährigen Trend unterdurchschnittliche Entwicklung aus.

Gemessen am Median fällt der Anstieg der verfügbaren Haushaltseinkommen mit zwölf Prozent etwas schwächer als beim Durchschnitt aus. Hier fällt zunächst die schwache Entwicklung der Renten in der Gesetzlichen Rentenversicherung ins Gewicht: Diese wurden in den 2000er Jahren nur teilweise an die Inflation angepasst.[11] Zum anderen hat die Zahl der in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländer seit 2007 um ein Drittel auf 9,1 Millionen im Jahr 2015 zugenommen.[12] Hierbei ist davon auszugehen, dass die meisten neu zugezogenen Migrantinnen und Migranten in den ersten Jahren Einkommen in der unteren Hälfte der Einkommensverteilung erzielen und sich dies dämpfend vor allem auf den Median auswirkt.

Seit dem Jahr 2013 steigt das verfügbare Haushaltseinkommen gemessen am Median wieder. Der Anstieg um real fünf Prozent zwischen 2013 und 2015 fällt etwas stärker aus als für den Durchschnitt (drei Prozent).

Einkommen sind für die meisten Einkommensgruppen gestiegen

Dass die durchschnittlichen verfügbaren Haushaltseinkommen im Vergleich zum Median weniger dynamisch gestiegen sind (15 respektive zwölf Prozent), deutet darauf hin, dass nicht alle Einkommensgruppen gleich hohe Einkommenszuwächse erzielen konnten. Unterteilt man die Einkommensgruppen in sogenannte Dezile[13] und indexiert man das durchschnittliche Einkommen jedes Dezils auf das Jahr 1991, zeigt sich, dass die Einkommen im oberen Bereich der jahresspezifischen Verteilung am stärksten gewachsen sind (Abbildung 2). Das verfügbare Realeinkommen der höchsten Einkommensgruppe (zehntes Dezil) ist zwischen 1991 und

6 Der Reallohnindex hat sich in den Jahren 2012 und 2013 mit +0,5 Prozent beziehungsweise −0,1 Prozent schwach entwickelt, es folgten deutliche Steigerungen in den Jahren 2014 (+1,9 Prozent) und 2015 (+2,4 Prozent). Vgl. Statistisches Bundesamt (2018): Reallohnindex im Jahr 2017 um 0,8 Prozent gestiegen. Pressemitteilung Nr. 107 vom 23. März 2018 (online verfügbar).

7 Vgl. Statistisches Bundesamt (2018): Erwerbstätigenrechnung (online verfügbar).

8 Der Median ist der Wert, der die reichere Hälfte der Bevölkerung von der ärmeren trennt. Vgl. Definition des Begriffs „Medianeinkommen" im DIW Glossar (online verfügbar).

9 Der Bevölkerungsanteil der über 60-Jährigen ist zwischen 1991 (20,4 Prozent) und 2015 (27,4 Prozent) deutlich gestiegen. Vgl. Statistisches Bundesamt (2018): Bevölkerung. Bevölkerung nach Altersgruppen (online verfügbar).

10 Die verfügbaren Haushaltseinkommen bestehen aus dem Haushaltsmarkteinkommen zuzüglich öffentlicher Renten und staatlicher monetärer Transfers abzüglich direkter Steuern und Sozialabgaben, aber inklusive des Mietwerts selbst genutzten Wohneigentums.

11 So stiegen die Renten in den Jahren 2004, 2005, 2006 und 2010 nicht. Inflationsbereinigt ist es damit ceteris paribus zu Einkommensverlusten gekommen. Seit 2011 wurden die Renten der Gesetzlichen Rentenversicherung wieder regelmäßig erhöht.

12 Vgl. Statistisches Bundesamt (2018): Ausländische Bevölkerung wächst im Jahr 2017 um 5,8 Prozent. Pressemitteilung Nr. 133 vom 12. April 2018 (online verfügbar). Mit dem hier ausgewiesenen Jahr 2015 ist die IAB-BAMF-SOEP-Befragung Geflüchteter in Deutschland nicht enthalten und die starke Zuwanderung von Schutzsuchenden ab dem zweiten Halbjahr 2015 nicht abgebildet.

13 Sortiert man die Bevölkerung nach der Höhe des Einkommens und teilt diese in zehn gleich große Gruppen auf, so erhält man Dezile. Das unterste (oberste) Dezil gibt die Einkommenssituation der ärmsten (reichsten) zehn Prozent der Bevölkerung an.

Kasten 1

Definitionen, Methoden und Annahmen bei der Einkommensmessung

Den in diesem Bericht vorgelegten Auswertungen auf Basis der aktuell verfügbaren Erhebungswelle der Haushalts-Längsschnitterhebung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) liegen Jahreseinkommen zugrunde. Dafür werden im Befragungsjahr (*t*) jeweils für das zurückliegende Kalenderjahr (*t-1*) alle Einkommenskomponenten, die einen befragten Haushalt als Ganzen betreffen, sowie alle individuellen Bruttoeinkommen der aktuell im Haushalt befragten Personen aufsummiert (Markteinkommen aus der Summe von Kapital- und Erwerbseinkommen einschließlich privater Transfers und privater Renten). Zusätzlich werden Einkommen aus gesetzlichen Renten und Pensionen sowie Sozialtransfers (unter anderem Sozialhilfe, Wohngeld, Kindergeld, Unterstützungen vom Arbeitsamt) berücksichtigt, und schließlich werden mithilfe einer Simulation der Steuer- und Sozialabgaben Jahresnettoeinkommen errechnet – dabei werden auch einmalige Sonderzahlungen (13. und 14. Monatsgehalt, Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld etc.) berücksichtigt.

Die jährliche Belastung durch die Lohn- und Einkommensteuer und die zu entrichtenden Sozialabgaben basiert auf einem Mikrosimulationsmodell[1], mit dem eine steuerliche Veranlagung unter Berücksichtigung aller vom Einkommensteuergesetz vorgesehenen Einkunftsarten sowie von Werbungskosten, Freibeträgen und Sonderausgaben durchgeführt wird. Da aufgrund der Komplexität des deutschen Steuerrechts nicht alle steuerlichen Sonderregelungen mit Hilfe dieses Modells simuliert werden können, ist von einer Unterschätzung der im SOEP gemessenen Einkommensungleichheit auszugehen.

Der internationalen Literatur folgend[2] werden dem Einkommen auch fiktive (Netto-)Einkommensbestandteile aus selbst genutztem Wohneigentum („Imputed Rent") zugerechnet. Zusätzlich werden im Folgenden – wie auch von der EU-Kommission für die EU-weite Einkommensverteilungsrechnung auf Basis von EU-SILC vorgeschrieben – auch nicht-monetäre Einkommensteile aus verbilligt überlassenem Mietwohnraum berücksichtigt (sozialer Wohnungsbau, privat oder arbeitgeberseitig verbilligter Wohnraum, Haushalte ohne Mietzahlung).

Die Einkommenssituation von Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung wird – internationalen Standards entsprechend – durch die Umrechnung des gesamten Einkommens eines Haushalts in so genannte Äquivalenzeinkommen (unter Bedarfsgesichtspunkten modifizierte Pro-Kopf-Einkommen) vergleichbar gemacht. Dazu werden die Haushaltseinkommen unter Verwendung einer von der OECD vorgeschlagenen und in Europa allgemein akzeptierten Skala umgerechnet. Jedem Haushaltsmitglied wird das so errechnete Äquivalenzeinkommen zugewiesen, unter der Annahme, dass alle Haushaltsmitglieder in gleicher Weise vom gemeinsamen Einkommen profitieren. Dabei erhält der Haushaltsvorstand ein Bedarfsgewicht von eins; weitere erwachsene Personen haben jeweils ein Gewicht von 0,5 und Kinder bis zu 14 Jahren ein Gewicht von 0,3.[3] Unterstellt wird also eine Kostendegression in größeren Haushalten. Das bedeutet, dass beispielsweise für

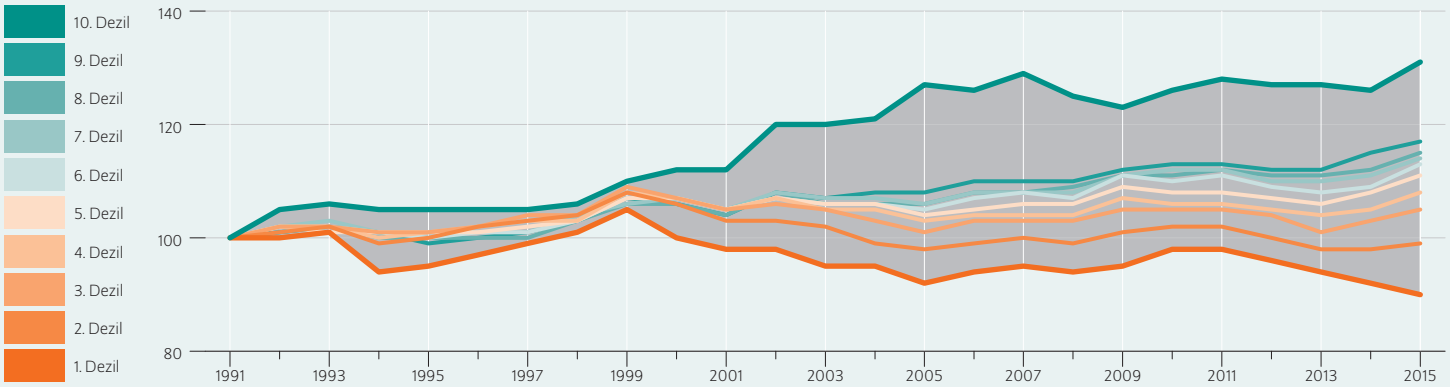
1 Vgl. Johannes Schwarze (1995): Simulating German income and social security tax payments using the GSOEP. Cross-national studies in aging. Programme project paper no. 19. Syracuse University, USA.

2 Siehe hierzu: Joachim R. Frick, Jan Goebel und Markus M. Grabka (2007): Assessing the distributional impact of "imputed rent" and "non-cash employee income" in micro-data. In: European Communities (ed.): Comparative EU statistics on Income and Living Conditions: Issues and Challenges. Proceedings of the EU-SILC conference (Helsinki, 6–8 November 2006), EUROSTAT, 116–142.

3 Siehe hierzu: Brigitte Buhmann et al. (1998). Equivalence Scales, Well-being, Inepuality and Poverty. Review of Income and Wealth 34, 115–142.

Abbildung 2

Entwicklung des durchschnittlichen verfügbaren Haushaltseinkommens nach Dezilen seit 1991



Anmerkungen: Reale Einkommen in Preisen von 2010; Population: Personen in Privathaushalten; bedarfsgewichtete Jahreseinkommen im Folgejahr erhoben, bedarfsgewichtet mit der modifizierten OECD-Äquivalenzskala.

Quelle: SOEPv33.1.

© DIW Berlin 2018

Im untersten Dezil sind die verfügbaren Haushaltseinkommen zwischen 1991 und 2015 gesunken, im oberen haben sie um 30 Prozent zugelegt.

einen Vier-Personen-Haushalt (Eltern und zwei Kinder von 16 und 13 Jahren) das Haushaltseinkommen nicht wie bei der Pro-Kopf-Rechnung durch vier (1+1+1+1) geteilt wird, sondern durch 2,3 (1+0,5+0,5+0,3).

Eine besondere Herausforderung stellt in allen Bevölkerungsumfragen die sachgemäße Berücksichtigung fehlender Angaben einzelner Befragungspersonen dar, insbesondere bei als sensitiv empfundenen Fragen wie solchen nach dem Einkommen. Dabei ist häufig eine Selektion festzustellen, wonach insbesondere Haushalte mit über- beziehungsweise unterdurchschnittlichen Einkommen die Angabe verweigern.

In den hier analysierten Daten des SOEP werden fehlende Angaben im Rahmen aufwendiger, quer- und längsschnittbasierter Imputationsverfahren eingefügt.[4] Dies betrifft auch fehlende Angaben bei vollständiger Verweigerung einzelner Haushaltsmitglieder in ansonsten befragungswilligen Haushalten. In diesen Fällen wird ein mehrstufiges statistisches Verfahren für sechs einzelne Brutto-Einkommenskomponenten (Erwerbseinkommen, Renten sowie Transferleistungen im Falle von Arbeitslosigkeit, Ausbildung/Studium, Mutterschutz/Erziehungsgeld/Elterngeld und private Transfers) angewandt.[5] Dabei werden mit jeder neuen Datenerhebung immer sämtliche fehlende Werte auch rückwirkend neu imputiert, da neue Informationen aus Befragungen genutzt werden können, um fehlende Angaben in den Vorjahren einzufügen. Dadurch kann es zu Veränderungen gegenüber früheren Auswertungen kommen. In der Regel sind diese Veränderungen jedoch geringfügig.

Um methodisch begründete Effekte in der Zeitreihe der errechneten Indikatoren zu vermeiden, wurde die jeweils erste Erhebungswelle der einzelnen SOEP-Stichproben aus den Berechnungen ausgeschlossen. Untersuchungen zeigen, dass es in den ersten beiden Befragungswellen vermehrt zu Anpassungen im Befragungsverhalten kommt, die nicht auf die unterschiedliche Teilnahmebereitschaft zurückzuführen sind.[6]

Die diesen Analysen zugrunde liegenden Mikrodaten des SOEP (Version v33.1 auf Basis der 33. Erhebungswelle im Jahr 2016) ergeben nach Berücksichtigung von Hochrechnungs- und Gewichtungsfaktoren ein repräsentatives Bild der Bevölkerung in Privathaushalten und erlauben somit Rückschlüsse auf die entsprechende Grundgesamtheit im Jahr 2016. Um der in den letzten Jahren gestiegenen Zuwanderung Rechnung zu tragen, wurden in den Jahren 2013, 2015 und 2016 gesonderte Stichproben dieser Bevölkerungsgruppen gezogen. Bei den Verteilungsanalysen erfolgte jedoch nur die Einbeziehung von Angaben der 2013 und 2015 erstmals durchgeführten IAB-SOEP-Migrationsstichprobe (M1)[7] und der Zuwandererstichprobe (M2). Die IAB-BAMF-SOEP-Befragung Geflüchteter in Deutschland aus dem Jahr 2016 ist nicht enthalten. Die Gewichtungsfaktoren korrigieren Unterschiede im Ziehungsdesign der diversen SOEP-Stichproben sowie im Teilnahmeverhalten der Befragten. Um die Kompatibilität mit der amtlichen Statistik zu erhöhen, werden diese Faktoren jährlich an jeweils aktuell verfügbare Rahmendaten des Mikrozensus der amtlichen Statistik angepasst. Die Anstaltsbevölkerung (zum Beispiel in Altersheimen) wurde in den Berechnungen ausgeschlossen.

4 Joachim R. Frick und Markus M. Grabka (2005): Item Non-response on Income Questions in Panel Surveys: Incidence, Imputation and the Impact on Inequality and Mobility. Allgemeines Statistisches Archiv, 89(1), 49–61.

5 Joachim R. Frick, Markus M. Grabka und Olaf Groh-Samberg (2012): Dealing with incomplete household panel data in inequality research. In: Sociological Methods and Research, 41(1), 89–123.

6 Joachim R. Frick et al. (2006): Using Analysis of Gini (ANOGI) for Detecting Whether Two Subsamples Represent the Same Universe The German Socio-Economic Panel Study (SOEP) Experience. Sociological Methods Research May 2006 vol. 34 no. 4 427–468, doi: 10.1177/0049124105283109.

7 Herbert Brücker et al. (2014): Neue Muster der Migration. DIW Wochenbericht Nr. 42, 1126–1135 (online verfügbar).

2015 um 30 Prozent gestiegen.[14] Für acht von zehn Dezilen haben die Realeinkommen zwischen 1991 und 2005 zugenommen – um knapp fünf Prozent für das dritte Dezil bis hin zu mehr als 16 Prozent beim neunten Dezil.[15]

Im zweiten Dezil stiegen die Realeinkommen nach einer längeren Phase des Rückgangs zum Ende des Zeitraums wieder an, so dass in 2015 wieder annähernd das Niveau von 1991 erreicht wurde. Anders verhält es sich im ersten Dezil. Im Zeitraum 1991 bis 1994 gingen die Realeinkommen zurück, vor allem wegen der Zuwanderung vorrangig von Aussiedlerinnen und Aussiedlern. Insbesondere fällt der deutliche Rückgang im Jahr 1994 auf. Das hat auch mit den zugrundeliegenden Daten zu tun: In den Jahren 1994/95 wurde im SOEP eine Zusatzstichprobe von Zuwandererinnen und Zuwanderern gezogen; diese sind ab diesem Zeitpunkt im SOEP repräsentiert.[16] Zwischen 1994 und 1999 stiegen die realen Einkommen des untersten Dezils deutlich an. Alle Einkommenssegmente profitierten von einer insgesamt positiven Konjunktur. Im Zeitraum 2000 bis 2005 gingen die Realeinkommen im ersten Dezil erneut zurück, einhergehend mit einem Zuwachs der Arbeitslosigkeit, die im Jahr 2005 einen Höchststand von fast zwölf Prozent erreichte. In den darauffolgenden Jahren bis 2011 stiegen die Einkommen im ersten Dezil vor dem Hintergrund eines starken Wirtschaftswachstums von jährlich rund drei Prozent wieder an – mit Ausnahme des Jahres 2009, geprägt von der Wirtschafts- und Finanzkrise. Seit 2012 nehmen die realen Einkommen im ersten Dezil wieder ab, obwohl die Wirtschaft in einer guten Verfassung ist und die Arbeitslosigkeit insgesamt deutlich zurückgegangen ist.

14 In den SOEP-Befragungen sind die Top-Einkommensbezieherinnen und -bezieher unterrepräsentiert, sodass die tatsächliche Entwicklung dieser Einkommen hier aller Wahrscheinlichkeit nach unterschätzt wird (vgl. Stefan Bach, Giacomo Corneo und Viktor Steiner (2009): From bottom to top: The entire income distribution in Germany, 1992–2003, Review of Income and Wealth 55, 303–330).

15 Da Personen über die Zeit hinweg ihre Einkommensposition verändern können, wird hiermit ausdrücklich keine individuelle Einkommensmobilität gemessen, sondern die jeweilige Population in den unterschiedlichen Dezilen zu den verschiedenen Zeitpunkten als Ganzes miteinander verglichen.

16 Für einen Überblick der verschiedenen Teilstichproben im SOEP vgl. Martin Kroh et al. (2018): SOEP-Core – Documentation of Sample Sizes and Panel Attrition (1984 until 2016). SOEP Survey Papers Nr. 480 (online verfügbar).

Eine Erklärung für die zuletzt schwache Einkommensentwicklung im zweiten und vorrangig im ersten Dezil liefert die Zuwanderung. Seit 2007 hat diese deutlich zugenommen. Es braucht Zeit, bis die meisten neu zugezogenen Migrantinnen und Migranten auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen; in den ersten Monaten und Jahren nach ihrer Ankunft weisen sie hohe Nichterwerbsquoten auf und erzielen dementsprechend niedrige Einkommen. Der Anteil der Personen mit direktem Migrationshintergrund[17] und mit geringen Einkommen nimmt in der Bevölkerung zu. Das erste Einkommensdezil bestand im Jahr 2015 zu rund 27 Prozent aus Personen mit direktem Migrationshintergrund, vom zweiten Dezil machten sie 25 Prozent aus. Im Jahr 2005 lag dieser Anteil in beiden Dezilen noch bei rund 20 Prozent.[18]

Neben demografischen Erklärungen sind weitere Aspekte für die schwache Entwicklung der unteren Einkommensdezile relevant, beispielsweise die Ausweitung des Niedriglohnsektors[19] bis 2015, eine unvollständige Anpassung von Sozialleistungen an die Inflation[20] sowie die schwache Entwicklung der Alterseinkommen.

Ungleichheit der Haushaltseinkommen unverändert hoch

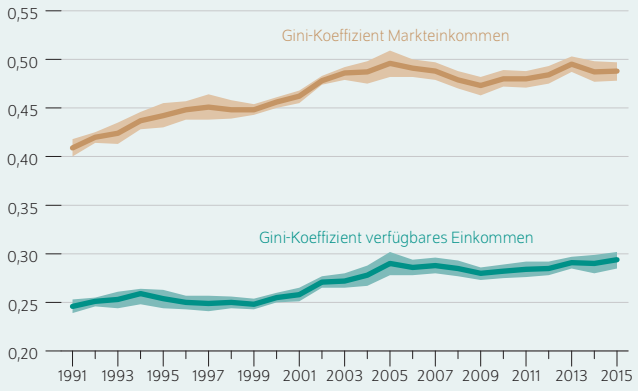
Ein etablierter Indikator zur Messung von Einkommensungleichheit ist der Gini-Koeffizient.[21] Er kann Werte zwischen 0 und 1 annehmen. Je höher der Wert, desto stärker ausgeprägt ist die gemessene Ungleichheit. Der Gini-Koeffizient der Haushaltsmarkteinkommen hat in den Jahren 1991 bis 2005 signifikant zugenommen und ist anschließend bis zum Jahr 2009 gesunken[22] (Abbildung 3). Seitdem ist die Ungleichheit der Markteinkommen wieder gestiegen – im Jahr 2015 erreichte sie in etwa das Niveau von Mitte der 2000er Jahre.

Der Gini-Koeffizient der verfügbaren Haushaltseinkommen hat sich dagegen von 1991 bis 1999 kaum verändert und stieg dann von 0,25 im Jahr 1999 auf 0,29 im Jahr 2005. Im Gegensatz zu den Markteinkommen war die Ungleichheit bei den verfügbaren Haushaltseinkommen von 2005 bis 2009 nur leicht rückläufig. Seit 2009 nimmt sie tendenziell wieder zu.

Deutschland weist hierbei im internationalen Vergleich ein unterdurchschnittliches Niveau an Einkommensungleichheit auf (Abbildung 4).

Abbildung 3

Einkommensungleichheit in Deutschland seit 1991
Gini-Koeffizient



Anmerkungen: Population: Personen in Privathaushalten; bedarfsgewichtete Jahreseinkommen im Folgejahr erhoben, bedarfsgewichtet mit der modifizierten OECD-Äquivalenzskala; Markteinkommen inklusive einem fiktiven Arbeitgeberanteil für Beamte. Schattierte Flächen geben das 95-Prozent-Konfidenzintervall an.

Quelle: SOEPv33.1.

© DIW Berlin 2018

Die verfügbaren Einkommen sind deutlich gleicher verteilt als die Markteinkommen.

Im langjährigen Trend steigt das Armutsrisiko in Deutschland

Als von Armut bedroht werden Personen bezeichnet, deren Einkommen weniger als 60 Prozent des Medianhaushaltsnettoeinkommens beträgt. Ihr Anteil an der Bevölkerung kann man als Niedrigeinkommensquote[23] auffassen, in der Literatur wird dieser Wert auch als „Armutsrisikoquote" (ARQ)[24] bezeichnet. Auf Basis der SOEP-Stichprobe lag die Armutsrisikoschwelle im Jahr 2015 für einen Einpersonenhaushalt bei etwa 1090 Euro pro Monat.[25]

17 Ein direkter Migrationshintergrund liegt dann vor, wenn eine Person im Ausland geboren wurde und nach Deutschland eingewandert ist. Ein indirekter Migrationshintergrund definiert sich dadurch, dass keine eigene Migrationserfahrung vorliegt, die Person also in Deutschland geboren wurde und auch eine deutsche Staatsbürgerschaft besitzen kann, mindestens aber ein Elternteil im Ausland geboren wurde.

18 Die Entwicklung der Realeinkommen insbesondere im ersten und zweiten Einkommensdezil vor 2011 dürfte im SOEP tendenziell zu positiv sein, da erst ab diesem Zeitpunkt nach einem längeren Zeitraum gezielt Personen mit Migrationshintergrund befragt wurden. Panelstudien wie das SOEP sind mit dem Problem konfrontiert, dass Migration nur in bestehende Haushalte abgebildet werden kann, wenn nicht durch gezielte Zusatzstichproben neue Migrantenhaushalte befragt werden. Vor dem Hintergrund unterdurchschnittlicher, teilweise sogar negativer Netto-Zuwanderung wurden in den 2000er Jahre im SOEP keine Migrantenstichproben gezogen. Das erfolgte erst ab dem Jahr 2013 wieder.

19 Thorsten Kalina und Claudia Weinkopf (2014): Niedriglohnbeschäftigung 2012 und was ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro verändern könnte. IAQ Report 2014-02 Universität Duisburg Essen (online verfügbar). Hierbei sind aber unterschiedliche Effekte zu beachten, denn erstens kann durch die Ausweitung des Niedriglohnsektors zusätzliche Beschäftigung geschaffen werden, andererseits kann es aber auch zu Verdrängungsprozessen kommen, wenn beispielsweise eine Vollzeitstelle in mehrere geringfügige Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt wird.

20 So wurde beispielsweise das Kindergeld zwischen 2010 und 2014 nicht erhöht, was zu einem realen Wertverlust von mehr als sechs Prozent führte.

21 Siehe Definition des Begriffs „Gini-Koeffizient" im DIW Glossar (online verfügbar).

22 In diesem Zeitraum hatten die Kapitaleinkommen einen geringeren Einfluss auf die Ungleichheit insgesamt, vgl. Markus M. Grabka (2015): Income and Wealth inequality after the financial crisis-the case of Germany. Empirica. Journal of European Economics, 42 (2): 371-390. Doi: 10.1007/s10663-015-9280-8.

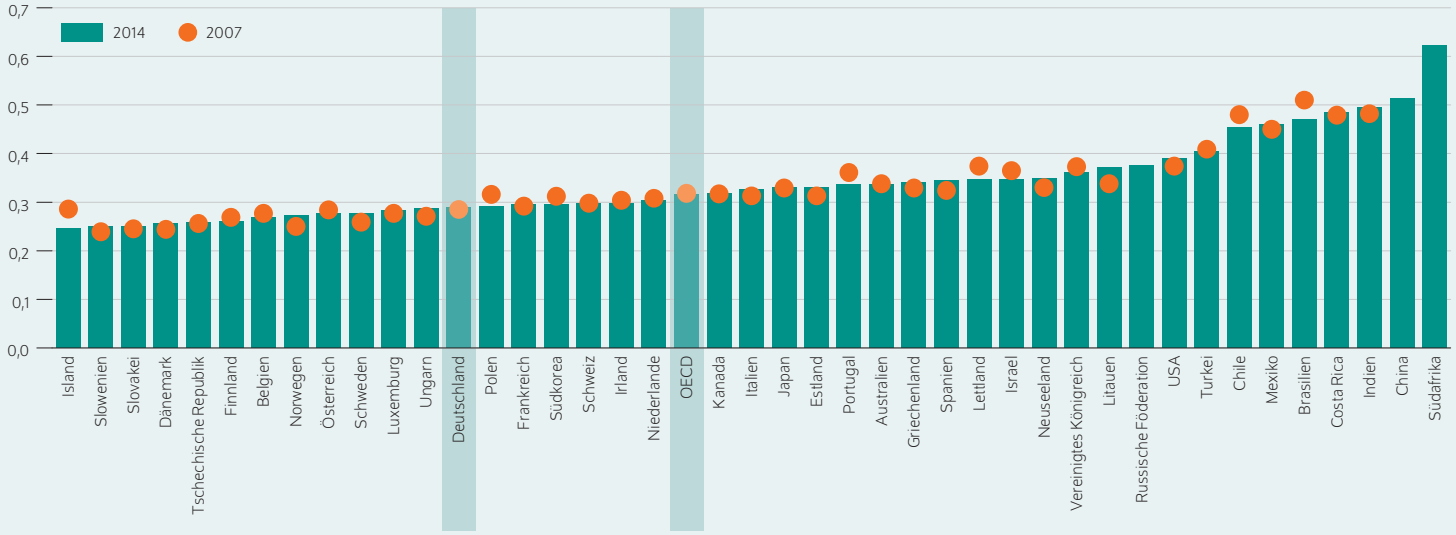
23 Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Begriff „Armut" findet sich auch bei Karl Brenke, der statt der Bezeichnung „Armutsrisikoquote" den Begriff „Einkommensschwache" präferiert. Alternativ kann die Bezeichnung „Niedrigeinkommensbezieher" beziehungsweise „Niedrigeinkommensquote" gewählt werden, in Anlehnung an den aus der Arbeitsmarktforschung etablierten Begriff „Niedriglohnbeschäftigte". Vgl. Karl Brenke (2018): Armut: vom Elend eines Begriffs. Wirtschaftsdienst, 4, 260–266.

24 Siehe Definition des Begriffs „Armut" im DIW Glossar (online verfügbar). Da der Begriff „Armutsrisikoquote" sowohl in der wissenschaftlichen als auch amtlichen Sozialberichterstattung etabliert ist, wird er hier beibehalten.

25 Im Vergleich zur Sozialberichterstattung des Statistischen Bundesamts auf Basis des Mikrozensus (siehe www.amtliche-sozialberichterstattung.de) wird hier eine höhere Armutsrisikoschwelle ausgewiesen, da wie international üblich auch der Mietwert selbstgenutzten Wohneigentums zur Einkommensmessung bei der Einkommensberechnung berücksichtigt wird.

Abbildung 4

Gini-Koeffizient des bedarfsgewichteten verfügbaren Haushaltseinkommens in der OECD, 2007 und 2014



Quelle: OECD Income Distribution Database (online verfügbar), eigene Zusammenstellung.

© DIW Berlin 2018

Deutschland hat einen im OECD-Vergleich eher niedrigen Gini-Koeffizienten.

In Deutschland waren im Jahr 2015 16,8 Prozent der Bevölkerung von Armut bedroht. In den 1990er Jahre waren es elf Prozent (Abbildung 5).

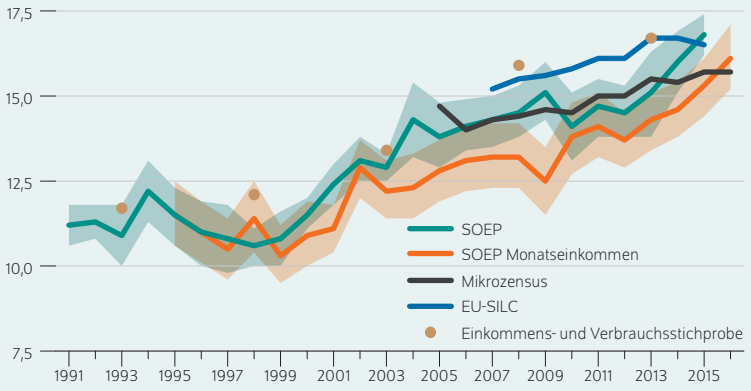
Jüngste Ergebnisse, die auf dem Mikrozensus oder Daten von *European Union Statistics on Income and Living Conditions* (EU-SILC) des Statistischen Bundesamtes basieren, weisen auf eine etwas geringere Quote hin.[26] Vom Statistischen Bundesamt liegt mit der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) eine weitere amtliche Datenquelle vor, die jedoch nur alle fünf Jahre erhoben wird. Der letzte verfügbare Datenpunkt für 2013 weist eine Armutsrisikoquote von 16,7 Prozent aus – zu diesem Zeitpunkt von allen Datenquellen die höchste Quote.

Das SOEP stellt auch einen alternativen Indikator zur Messung der Armutsrisikoquote zur Verfügung. Hierbei handelt es sich um das im Befragungsmonat erhobene aktuelle Haushaltsnettoeinkommen. Dieses Einkommenskonzept ist mit dem des Mikrozensus nahezu identisch. Da unterjährig selten bezogene Einkommenskomponenten dabei eher unterschätzt und der Mietwert selbst genutzten Wohneigentums nicht berücksichtigt wird, fällt die Armutsrisikoschwelle beim monatlichen Einkommen des SOEP und des Mikrozensus in der Regel geringer aus als bei den Jahreseinkommen. Mit den aktuellen Monatseinkommen des SOEP wird eine Armutsrisikoquote von 16,1 Prozent im Jahr 2016 berichtet. Im langjährigen Vergleich zeigen beide Einkommenskonzepte ein höheres Armutsrisiko als vor der Jahrtausendwende an.

26 Siehe www.amtliche-sozialberichterstattung.de.

Abbildung 5

Armutsrisikoquote seit 1991 nach verschiedenen Datenquellen
In Prozent



Anmerkungen: Armutsrisikoquote: Bevölkerungsanteil der Personen mit weniger als 60 Prozent des Median der verfügbaren Einkommen; Population: Personen in Privathaushalten; bedarfsgewichtete Jahreseinkommen im Folgejahr erhoben, bedarfsgewichtet mit der modifizierten OECD-Äquivalenzskala. Schattierte Flächen geben das 95-Prozent-Konfidenzintervall an.

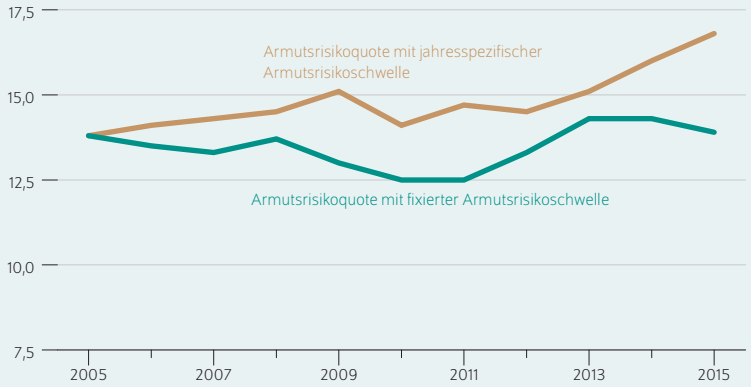
Quelle: SOEPv33.1. Angaben des Mikrozensus: Statistisches Bundesamt (2018): Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik. Angaben des EU-SILC: Statistisches Bundesamt (2018).

© DIW Berlin 2018

Je nach Datenquelle unterscheiden sich die Armutsrisikoquoten, aber alle Quellen weisen einen Anstieg seit 2005 aus.

Abbildung 6

Armutsrisikoquote bei jahresspezifischer und fixierter Armutsrisikoschwelle seit 2005
In Prozent



Anmerkungen: Armutsrisikoquote: Bevölkerungsanteil der Personen mit weniger als 60 Prozent des Median der verfügbaren Einkommen; Population: Personen in Privathaushalten; bedarfsgewichtete Jahreseinkommen im Folgejahr erhoben, bedarfsgewichtet mit der modifizierten OECD-Äquivalenzskala Schattierte Flächen geben das 95-Prozent-Konfidenzintervall an. Armutsrisikoquote bei fixierter Armutsrisikoschwelle basiert auf der Armutsrisikoschwelle des Jahres 2005.

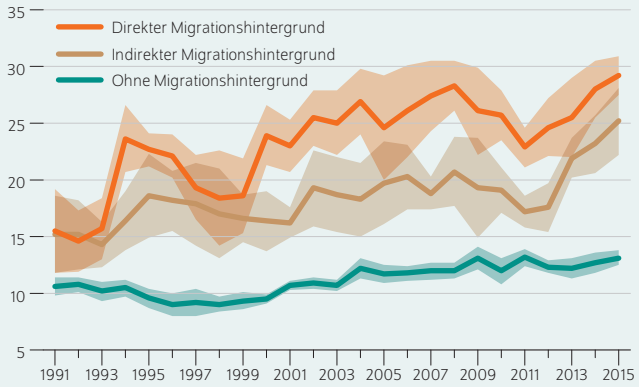
Quelle: SOEPv33.1.

© DIW Berlin 2018

Beim gegebenen Wohlstandsniveau von 2005 hat sich die Armutsrisikoquote wenig verändert.

Abbildung 7

Armutsrisikoquote seit 1991 für Personen mit und ohne Migrationshintergrund
In Prozent



Anmerkungen: Armutsrisikoquote: Bevölkerungsanteil der Personen mit weniger als 60 Prozent des Median der verfügbaren Einkommen; Population: Personen in Privathaushalten; bedarfsgewichtete Jahreseinkommen im Folgejahr erhoben, bedarfsgewichtet mit der modifizierten OECD-Äquivalenzskala. Armutsrisikoquote bei fixierter Armutsrisikoschwelle basiert auf der Armutsrisikoschwelle des Jahres 2005. Schattierte Flächen geben das 95-Prozent-Konfidenzintervall an.

Quelle: SOEPv33.1.

© DIW Berlin 2018

Personen mit Migrationshintergrund haben eine weitaus höhere Armutsrisikoquote als Personen ohne Migrationshintergrund.

Die Berechnung der Armutsrisikoquote basiert bei beiden Konzepten auf dem Schwellenwert von 60 Prozent des Medianeinkommens. Hierbei ist zu beachten, dass sich dieser Schwellenwert über die Zeit verändern kann. So sind die realen verfügbaren Haushaltseinkommen in Deutschland zwischen 1991 und 2015 gemessen am Median wie bereits erläutert um zwölf Prozent gewachsen (Abbildung 1). Um den Effekt eines steigenden Wohlstandsniveaus bei der Berechnung der Armutsrisikoquote zu berücksichtigen, kann die Schwelle auf ein gegebenes Jahr fixiert werden, zum Beispiel hier auf das Jahr 2005. Dabei ergibt sich eine Quote, die seit 2005 zwischen 12,5 und 14,3 Prozent schwankt und für das Jahr 2015 13,9 Prozent beträgt (Abbildung 6). Dies bedeutet, dass die Armutsrisikoquote bei einem gegebenen realen Wohlstandsniveau von 2005 auf dem gleichen Niveau liegt wie zehn Jahre zuvor (Kasten 2).

Armutsrisikoquote bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund wenig verändert

In den letzten beiden Jahrzehnten gab es in Deutschland nennenswerte Zuwanderung.[27] Im Jahr 2016 betrug der Anteil der Personen mit einem Migrationshintergrund (sowohl direkt als auch indirekt) 22,5 Prozent.[28] Im langjährigen Trend lag die Armutsrisikoquote bei Personen ohne Migrationshintergrund in den 1990er Jahren bei neun bis zehn Prozent (Abbildung 7), im Jahr 2015 bei 13 Prozent. Personen mit einem indirekten Migrationshintergrund weisen eine durchweg höhere Armutsrisikoquote auf als die autochthone Bevölkerung. Am aktuellen Rand liegt diese Quote bei einem Viertel und damit doppelt so hoch wie bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Bei Personen, die selbst nach Deutschland zugewandert sind, also mit direktem Migrationshintergrund, liegt die Quote sogar bei 29 Prozent.[29] Bei beiden Migrantengruppen zeigen sich Schwankungen über die Zeit, die aber mit Vorsicht interpretiert werden sollten. So ist davon auszugehen, dass in bestimmten Phasen (beispielsweise von 1995 bis 1999 und von 2008 bis 2011) die Armutsrisikoquote bei Migrantinnen und Migranten unterschätzt wurde, da in diesen Zeiträumen keine spezielle Migrantenstichprobe im SOEP gezogen wurde und bei der Hochrechnung neuer Stichproben nicht das jeweilige Zuwanderungsjahr für die bisherige Zeitreihe angepasst werden konnte. Insbesondere wurden Neuankömmlinge in bestimmten Jahren untererfasst.

Mit längerer Aufenthaltsdauer verbessert sich die Einkommensposition von Migrantinnen und Migranten

Viele Migrantinnen und Migranten haben, gerade wenn sie ankommen, beispielsweise Defizite in der Sprache oder

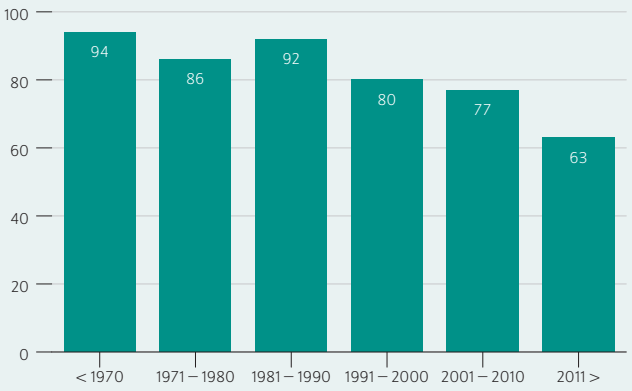
27 Vgl. zur Entwicklung der Zuwanderung auch im Verhältnis zur Abwanderung BAMF (2015): Migrationsbericht 2015, 128. Siehe auch Fußnote 12.

28 Vgl. Statistisches Bundesamt (2017): Bevölkerung mit Migrationshintergrund um 8,5 Prozent gestiegen. Pressemitteilung Nr. 261 vom 1. August 2017 (online verfügbar).

29 Hierbei ist zu beachten, dass sich die finanzielle Lage der jeweiligen Neumigrantinnen und -migranten über die Zeit nicht grundlegend verändert hat, sondern dass vor allem der gestiegene Bevölkerungsanteil relevant für den Anstieg des Armutsrisikos der Gesamtbevölkerung ist.

Abbildung 8

Relative Einkommensposition von direkten MigrantInnen nach Zuwanderungsjahr im Jahr 2015
In Prozent; durchschnittliches verfügbares Haushaltseinkommen der Bevölkerung = 100



Anmerkungen: Population: Personen in Privathaushalten; bedarfsgewichtete Jahreseinkommen im Folgejahr erhoben, bedarfsgewichtet mit der modifizierten OECD-Äquivalenzskala.

Quelle: SOEPv33.1.

© DIW Berlin 2018

Je kürzer die Aufenthaltsdauer in Deutschland, desto niedriger die relative Einkommensposition der Migrantinnen und Migranten.

fehlende soziale Netzwerke, die eine Beschäftigungsaufnahme erschweren. Mit zunehmender Aufenthaltsdauer nehmen diese Hürden ab. Dies äußert sich auch in einer sich im Zeitverlauf verbesserten relativen Einkommensposition (Abbildung 8): Je länger die Aufenthaltsdauer in Deutschland, desto besser die relative Einkommensposition von direkten Migrantinnen und Migranten gegenüber der Gesamtbevölkerung. Personen, die nach 2010 nach Deutschland kamen, verfügten im Jahr 2015 über etwas mehr als 60 Prozent des bedarfsgewichteten verfügbaren durchschnittlichen Haushaltseinkommen. Für Menschen, die zwischen 2001 und 2010 nach Deutschland eingewandert sind, betrug das verfügbare Einkommen zum selben Zeitpunkt über 75 Prozent des Durchschnitts. Liegt der Zuwanderungszeitpunkt mehr als 25 Jahre zurück (1981 bis 1990), steigt die relative Einkommensposition auf über 90 Prozent des Durchschnitts.[30]

Neben der Aufenthaltsdauer spielt für die relative Einkommensposition von Migrantinnen und Migranten insbesondere das Bildungs- sowie Qualifikationsniveau eine Rolle. In den letzten Jahren sind, verglichen mit früheren Migrationswellen, qualifiziertere Menschen nach Deutschland gekommen. Bei den nach dem Jahr 2000 nach Deutschland zugezogenen Migrantinnen und Migranten beträgt der Anteil tertiärer Bildungsabschlüsse etwa 30 Prozent, in der autochthonen Bevölkerung 22 Prozent.

30 Vgl. auch Joachim R. Frick et al. (2009): Alterssicherung von Personen mit Migrationshintergrund. Endbericht zum Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Forschungsbericht Nr. 398 sowie Ingrid Tucci, Philipp Eisnecker und Herbert Brücker (2014): Wie zufrieden sind Migranten mit ihrem Leben? DIW Wochenbericht Nr. 43 (online verfügbar).

Kasten 2

Methodische Besonderheiten der Datenquellen

Die Entwicklung der Armutsrisikoquote über die Zeit muss im Lichte der methodischen Veränderungen bei den entsprechenden Datenquellen betrachtet werden. Im Mikrozensus wurden in den Jahren 2006, 2011 und 2016 methodische Veränderungen vorgenommen, die die Vergleichbarkeit der Statistiken über die Zeit erschweren. So basiert der Mikrozensus seit 2016 auf einer neuen Stichprobe, die Informationen des Zensus 2011 verwendet. Dies hatte zur Folge, dass ab 2016 eine größere Zahl von Neubauten ausgewiesen wurde als zuvor und somit eine höhere Zahl von Familienhaushalten.[1] Personen in Neubauten dürften über Einkommen über dem Durchschnitt verfügen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes ist beim Mikrozensus zudem davon auszugehen, dass sogenannte Schutzsuchende unterrepräsentiert sind, was eine Überschätzung der erwerbstätigen Ausländerinnen und Ausländer vermuten lässt. Insgesamt ist bei einem Vergleich von Jahresergebnissen des Mikrozensus, die vor und nach diesen methodischen Änderungen liegen, Vorsicht geboten.[2]

Auch beim SOEP haben methodische Veränderungen stattgefunden. Zwar können einzelne Personen über die Zeit beobachtet werden, die gesamte Stichprobe und die Gesamtbevölkerung sind jedoch nicht statisch. So ergeben sich durch die Ziehung und Befragung von bevölkerungsrepräsentativen Stichproben sowie von spezifischen Migrantenstichproben Änderungen in der Zusammensetzung der Stichprobe. Insbesondere die zusätzliche Befragung von Migrantinnen und Migranten (Kasten 1), beeinflusst die intertemporale Vergleichbarkeit der Armutsrisikoquote.

1 So ist die Zahl der Familienhaushalte mit zwei oder drei Mitgliedern gegenüber 2015 um 850 000 gestiegen.

2 Vgl. Statistisches Bundesamt (2017): Qualitätsbericht. Mikrozensus 2016 (online verfügbar).

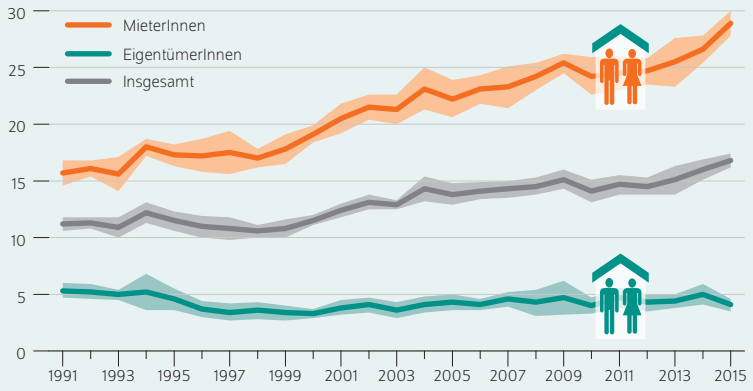
Armutsrisikoquote hat sich bei Mieterinnen und Mietern beinahe verdoppelt

Der Anteil der Personen, die im Eigentum wohnen, ist zwischen 1995 und 2015 um fünf Prozentpunkte auf 49 Prozent gestiegen.

Personen in Wohneigentum weisen eine Armutsrisikoquote von nur rund vier Prozent aus, seit 1991 so gut wie unverändert. Leben Immobilieneigentümerinnen und -eigentümer in einer voll entschuldeten eigenen Immobilie, so entfällt bei ihnen sowohl die Mietzahlung als auch die Kredittilgung. Im Jahr 2010 betrug die durchschnittliche monatliche Bruttokaltmiete in Deutschland 440 Euro, dies entspricht bezogen auf das Haushaltsnettoeinkommen einer Mietbelastungsquote

Abbildung 9

Armutsrisikoquote nach Wohnstatus seit 1991
In Prozent



Anmerkungen: Armutsrisikoquote: Bevölkerungsanteil der Personen mit weniger als 60 Prozent des Median der verfügbaren Einkommen; Population: Personen in Privathaushalten; bedarfsgewichtete Jahreseinkommen im Folgejahr erhoben, bedarfsgewichtet mit der modifizierten OECD-Äquivalenzskala. Schattierte Flächen geben ein 95-Prozent Konfidenzintervall an.

Quelle: SOEPv33.1.

© DIW Berlin 2018

Die Armutsrisikoquote von Mieterinnen und Mietern ist seit den 1990er Jahren kontinuierlich gestiegen, bei Eigentümerinnen und Eigentümern ist sie stabil geblieben.

von rund 28 Prozent.[31] Diese Ersparnis ist als fiktiver Einkommensvorteil im hier analysierten Haushaltsnettoeinkommen enthalten.

Mieterinnen und Mieter haben diesen Vorteil nicht und sind tendenziell finanziell schlechter gestellt als Eigentümerinnen und Eigentümer. Bei Mieterinnen und Mietern ist die Armutsrisikoquote seit 1991 deutlich gestiegen: Lag die Armutsrisikoquote hier Anfang der 1990er Jahre bei etwa 16 Prozent, betrug sie im Jahr 2015 knapp 29 Prozent (Abbildung 9). Von dieser Entwicklung sind vor allem junge Erwachsene bis 35 Jahren betroffen, die zur Miete wohnen.[32] Deren Armutsrisikoquote ist seit 2000 um 15 Prozentpunkte gestiegen.

Während die Berücksichtigung des Mietwerts selbst genutzten Wohneigentums bis 2000 faktisch keinen Einfluss auf die Armutsrisikoquote der Gesamtbevölkerung hatte, führt dieser Faktor seit dem Jahr 2010 – parallel zum ausgeprägten Zuwachs der Mieten in weiten Teilen Deutschlands – zu einem zusätzlichen Anstieg der Armutsrisikoquote. Für die Jahre 2014 und 2015 lag diese Steigerung jeweils bei 0,7 Prozentpunkten.

Vor dem Hintergrund deutlich gestiegener Mieten[33] deuten diese Ergebnisse darauf hin, dass es vielen Mieterinnen und Mietern zunehmend schwer fallen dürfte, ihre Wohnkosten zu bestreiten.

Fazit: Integration von Migrantinnen und Migranten zielgenauer fördern, sozialen Wohnungsbau unterstützen

Deutschland erlebt seit 2010 einen wirtschaftlichen Aufschwung, der sich in steigenden Realeinkommen für weite Teile der Bevölkerung niederschlägt. Die Niedrigeinkommensgruppen haben von dieser Entwicklung allerdings nicht profitiert, was zum Teil an der Zuwanderung der letzten Jahre liegt. Migrantinnen und Migranten erzielen gerade in den ersten Jahren nach ihrer Ankunft niedrige Einkommen. Mittlerweile bestehen die 20 Prozent der Bevölkerung mit den niedrigsten Einkommen zu etwa 40 Prozent aus Personen mit Migrationshintergrund. Entsprechend betrug die Armutsrisikoquote von Personen mit direktem Migrationshintergrund im Jahr 2015 29 Prozent, während sie in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund insgesamt nur bei 13 Prozent lag.

Die Daten zeigen, dass die finanzielle Situation von Migrantinnen und Migranten sich der Situation der autochthonen Bevölkerung zunehmend angleicht, je länger sie sich in Deutschland aufhalten. Die Aufgabe für die Gesellschaft als Ganze und insbesondere für die Politik ist, Neuankömmlinge schnell und zielgenau zu unterstützen – etwa beim Erwerb der Sprache und bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt – so dass ihre Integration rasch erfolgt und sie schnell höhere Einkommen erzielen können.

Aber auch in anderen Bereichen gibt es Handlungsbedarf. Die zunehmende Polarisierung auf dem Wohnungsmarkt ist eine Herausforderung für die Wohnungs- und insbesondere Stadtpolitik.[34] Mieterinnen und Mieter haben im Vergleich zu Eigentümerinnen und Eigentümern eine höhere Armutsrisikoquote, die zudem nahezu kontinuierlich steigt. Vor dem Hintergrund der Mietsteigerungen an zahlreichen Standorten stellt sich die Frage, wie Menschen mit niedrigen Einkommen ihre Mieten zahlen können, ohne Abstriche bei anderen Ausgabenposten zu machen. Die Politik sollte hierbei dem Bau von bezahlbaren (Sozial-)Wohnungen, die ein immer knapperes Gut darstellen, stärkere Priorität einräumen.[35]

31 Vgl. Kristina Kott et al. (2016): Wohnen. In: Statistisches Bundesamt Datenreport 2016, 269–273 (online verfügbar).

32 Der Anteil der Personen in Mieterhaushalten ist in der Altersgruppe der 25- bis 34-Jährigen mit rund drei Viertel am höchsten.

33 Vgl. Konstantin Kholodilin, Andreas Mense und Claus Michelsen (2016): Die Mietpreisbremse wirkt bisher nicht. DIW Wochenbericht Nr. 22, 491–499 (online verfügbar).

34 Vgl. Konstantin Kholodilin, Andreas Mense und Claus Michelsen (2018): Mietpreisbremse ist besser als ihr Ruf, aber nicht die Lösung des Wohnungsmarktproblems. DIW Wochenbericht Nr. 7, 108–117 (online verfügbar).

35 So ist die Zahl der Person, die in Sozialwohnungen leben, in den letzten 15 Jahren von 3,5 Millionen im Jahr 1995 auf 1,3 Millionen im Jahr 2011 gesunken. Vgl. Gerlinde Verbist and Markus M. Grabka (2017): Distributive and poverty-reducing effects of in-kind housing benefits in Europe: with a case study for Germany. Journal of Housing and the Built Environment, 32(2), 289–312; Andrej Holm et al. (2018): Wie viele und welche Wohnungen fehlen in deutschen Großstädten? Die soziale Versorgungslücke nach Einkommen und Wohnungsgröße. Hans-Böckler-Stiftung, Working Paper Forschungsförderung, Nr. 63, April 2018.

Markus M. Grabka ist Senior Researcher der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) am DIW Berlin | mgrabka@diw.de

Jan Goebel ist stellvertretender Leiter der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) am DIW Berlin | jgoebel@diw.de

JEL: D31, I31, I32

Keywords: Income inequality, poverty, SOEP

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 21/2018:

www.diw.de/diw_weekly

IMPRESSUM

DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
www.diw.de
Telefon: +49 30 897 89–0 Fax: –200
85. Jahrgang

Herausgeberinnen und Herausgeber
Prof. Dr. Tomaso Duso; Dr. Ferdinand Fichtner; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Prof. Johanna Möllerström; Ph.D.; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Jürgen Schupp; Prof. Dr. C. Katharina Spieß

Chefredaktion
Dr. Gritje Hartmann; Mathilde Richter; Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat
Hermann Buslei

Redaktion
Renate Bogdanovic; Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck; Dr. Daniel Kemptner; Sebastian Kollmann; Matthias Laugwitz; Markus Reiniger; Dr. Alexander Zerrahn

Vertrieb
DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung
Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv
© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz
Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck
USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)
Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter unter **www.diw.de/newsletter**